

Ruth Gill

Hierholz 42
79875 Dachsberg
Tel. + Fax 07755 - 938 597

Herrn
Volker Neumann
PKG- und G10-Kommission des Dt. Bundestags
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Hierholz, den 24.03.04

Ihr Schreiben vom 16.03.04 und Telefongespräch am 17.03.04 mit Herrn Gerland

Sehr geehrter Herr Neumann,
sehr geehrte Kommissionsmitglieder,
sehr geehrter Herr Gerland,

mit Bezug auf Ihr Antwortschreiben vom 16.03.04 sowie das Telefongespräch am 17.03.04 mit Herrn Gerland möchte ich feststellen, daß mehrfach erörtert wurde, daß eine formale Einzelfallprüfung meiner Beschwerde vom 27.01.04 genauso wenig gerecht wird wie den anderen gleichartigen Eingaben, von denen Ihnen mittlerweile mindestens 6 vorliegen müßten. Die Weiterleitung an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags ist genauso wenig zweckdienlich, wie sich bereits in einem Fall erwiesen hat. Daß es sich dabei um eine reine Alibiveranstaltung handelt, mochte auch Herr Gerland nicht verneinen.

Ihre vage Inaussichtstellung, daß die Kommission Hinweisen von Bürgern nachgehen könne, und Herr Gerland versprach, die Nöte der Opfer dort hin weiter zu berichten, weist in die richtige Richtung, ist aber in Anbetracht der Zustände, die sich allerorten ausbreiten, eine unentschuldbare Reserviertheit. Daß Herr Gerland des weiteren im Telefongespräch umfänglich durchblicken ließ, daß er meine Behauptungen für die Irrungen eines kranken Geistes hält, zeigt deutlich, daß man bei der Kommission entweder bislang tatsächlich unwissend ist, oder die Zustände kennt, pflichtschuldigst deckt und die Betroffenen für dumm verkauft.

Ersteres hieße, daß die Mitglieder und -arbeiter der einzigen demokratischen Institution in diesem Land, der die Kontrolle der deutschen Geheimdienste obliegt, weit uninformierter sind als Bürger dieses Landes, die sich allgemein zugänglicher Quellen bedienen. Herr Engelbrecht hat Ihnen in seinem Schreiben vom 18.03.04 eine kleine Auflistung von Büchern und Fernsehsendungen an die Hand gegeben, die man zum Thema kennen sollte. Es sieht aber danach aus, daß es gar nicht in Ihrem Interesse liegt, um diese Dinge zu wissen. Ganz ähnliche Reaktionen habe ich auf meine Nachfragen von Herrn Prof. Rudolf Egg, dem Leiter der Kriminologischen Zent-

ralstelle in Wiesbaden, und Herrn Dr. Uwe Wiemken erhalten, der beim Institut für elektromagnetische Verträglichkeit der Fraunhofer Gesellschaft in Euskirchen tätig ist. Dieses Institut ist führend in der wissenschaftlichen Forschung bzgl. der sog. non lethal weapons engagiert. (Die Fraunhofer Gesellschaft richtet jährlich ein Internationales Symposium zum Thema in Ettlingen aus.)

So fällt auch Ihr Hinweis auf Bundestagsdrucksache 14/8464, S. 3

„...Der Einsatz von Mikrowellen als Waffe werde zwar in Veröffentlichungen über militärische Forschung thematisiert, woraus der theoretische Schluß gezogen werden könne, daß Mikrowellengeräte auch als gegen Menschen gerichtete Waffe gebaut und umgebaut werden könnten. Konkrete Erkenntnisse über den Einsatz von „Mikrowellenwaffen“ bei kriminellen Handlungen lägen aber nicht vor.“

hinter die Aussagen im 2. Gefahrenbericht der Schutzkommission beim Bundesinnenminister des Inneren aus dem Jahr 2001 zurück, in dem es heißt:

*“Zunehmende Aufmerksamkeit ist den sogenannten HPM-Quellen (HPM-Waffen) zu widmen (HPM: High Power Microwave), deren Bedeutung und Entwicklung relativ jung sind, wie die einschlägigen Veröffentlichungen belegen. Oftmals wird auch das Kürzel HPEM (HPEM: High Power Elektromagnetics) verwendet. Es handelt sich hierbei um leistungsstarke elektromagnetische Strahlung emittierende Quellen, die im Gegensatz zum NEMP [Nuklearer Elektro Magnetischer Puls] über eine relativ kurze Reichweite verfügen und ein definiert begrenztes Gebiet beaufschlagen können. Von den HPM-Quellen, deren Frequenz- und Amplitudenbereiche durch die bekannten anderen Quellen nicht abgedeckt werden, geht eine zunehmende Gefährdung elektronischer Systeme u.a. ziviler Einrichtungen aus. Diese pulsförmigen Felder werden von speziellen Antennen abgestrahlt. Direkt vor den Antennen existieren extrem hohe Feldstärken, wobei die maximale elektrische Feldstärke durch die Durchschlagsfeldstärke in Luft begrenzt wird. HPM-Waffen können im Gegensatz zu NEMP-Waffen relativ einfach und ohne aufwendige Kosten von Zivilpersonen aus handelsüblichen Komponenten gefertigt und zu Sabotage- und Erpressungszwecken eingesetzt werden. **Es wird in diesem Zusammenhang bereits von “Elektromagnetischem Terrorismus” gesprochen, der zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen kann. Im militärischen Bereich ist die Einsatzfähigkeit ähnlicher Waffen bereits hergestellt.** Beiden Kategorien von Waffen ist eine leichte Verbringbarkeit sowie eine geringe Eskalationsstufe im Konfliktfall gemeinsam, **so dass die Experten in Zukunft von einem vermehrten Einsatz ausgehen.** Da, wie bereits erwähnt, die Gefährdung elektronischer Einrichtungen durch HPM seit Kurzem intensiver diskutiert wird, findet man diese Thematik neuerdings (seit ca. 2 Jahren) auch in speziellen Fachsitzungen auf nationalen und internationalen Symposien.”*

Und in einem Dokument der EU, das beispielhaft für viele weitere zitiere, die eine klare Sprache sprechen, heißt es:

“Das Europäische Parlament ... fordert vor allem ein internationales Übereinkommen über ein generelles Verbot von Forschungs- und Entwicklungsprojekten - ob militärisch oder zivil -, die die Anwendung der Erkenntnisse auf dem Gebiet chemischer und elektrischer Vorgänge oder von Schallwellen oder anderen Funktionen des menschlichen Gehirns zur Entwicklung von Waffen beinhalten, die jeder beliebigen Form der Manipulation des Menschen Tür und Tor öffnen könnten; dieses Übereinkommen sollte auch ein Verbot aller derzeit bekannten sowie aller erdenklichen Anwendungsmöglichkeiten solcher Systeme umfassen”. (Aus: Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik vom 14. Januar 1999 unter http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?SAME_LEVEL=1&LEVEL=4&NAV=X&PUBREF=-//EP//TEXT+REPORT+A4-1999-0005+0+DOC+XML+V0//DE)

Frau Kommissarin Wallström hat auf eine Nachfrage von MdE Hiltrud Breyer, was denn nach 4 Jahren aus dieser Absichtbekundung geworden ist, geantwortet, daß die Zuständigkeit dafür in nationaler Kompetenz liege. Deshalb stellt sich die Frage, was der Deutsche Bundestag in dieser Sache getan hat???

Ich muß also davon ausgehen, daß Ihre offenkundige Uninformiertheit Methode hat, wenn ich nicht Vorsatz unterstellen soll. Solcher Art „Nicht-Wissen“ der Verantwortlichen und Mitbürger war schon einmal für Millionen von Menschen in diesem Land tödlich. Auch damals wollten Amtsträger und Bürger nicht wissen, wohin man ihre jüdischen, homosexuellen oder regimekritischen Mitmenschen brachte und was man dort mit ihnen machte. Im jugendlichen Alter habe ich meine Mutter gefragt, ob sie denn damals nichts von den Konzentrationslagern wußten und warum sie nichts unternommen hätten. Sie antwortete mir, man habe zwar davon gehört, man habe das aber gar nicht glauben können. Ich hatte mir damals geschworen, daß ich nicht zu diesem Teil der Menschheit gehören möchte.

Nun, da sich eine elektronische Variante derselben Art von Faschismus in Deutschland und in vielen Ländern der Erde ausbreitet, hoffen Sie - wiederum mit Wegsehen - Ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden? Je länger Sie sich weigern, die Beschwerden und Sachvorträge der Opfer für möglich zu halten, ihnen mit Nachdruck, Tiefgang und Ausdauer nachzugehen und die Hintergründe schonungslos aufzuklären, desto mehr werden Sie diesen Verdacht bestätigen.

Um anschaulich zu machen, welcher Art der Terror ist, der im Land umgeht, gebe ich hier beispielhaft ohne Namensnennung die schriftliche Mitteilung eines Opfers wieder, die ich vor wenigen Tagen erhalten habe:

„...werde ich auch ganz offen observiert - ich nehme an vom Geheimdienst und jungen Ausländern. Außerdem observieren für diese Verbrecher, ob Sie es glauben oder nicht, Krankentransportwagen, Taxis, Security, ADAC, städtische Busse etc. Das mit den Bussen habe ich schon von zwei Arbeitskollegen meines Mannes bestätigt bekommen; die Busse sind getarnt als Betriebsfahrt¹. Sie sehen, daß der Staat voll in das Verbrechen eingebunden ist; deshalb habe ich fast keine Hoffnung mehr, daß sich da was ändert. Daß Bekannte von mir mit bestrahlt werden, könnte sein, weil wir auf engem Raum zusammen sitzen, aber wenn ich bei Bekannten schlafe, wird oft auch dort gestrahlt, bis in den dritten Stock. Wenn ich den Hauseingang betrete, werde ich schon besendet. Bei mir hat es angefangen nach einem Nachbarschaftsstreit, der sich dann auch auf den Vermieter Gemeinnützige W. Wohnungs-Gesellschaft ausweitete. Exakt seit dieser Zeit werde ich besendet. Ich habe fast fünfundzwanzig Jahre Altenpflege gemacht; vor zwei Jahren wurden die alten Leute mitbestrahlt und merkten das auch; zwei, die dann sofort abbauten und starben. Ich mußte meine Jobs aufgeben, um nicht noch mehr Menschen in Gefahr zu bringen. Von der GWW werden hier drei Häuser bestrahlt, die müssen ihre Mieter, die sich behaupten, an die Terroristen weiter reichen. Eine Vermieterin, die von Grund auf privat sanieren und dann verkaufen wollte, hat zwei fünfstöckige Häuser ausstrahlen lassen. 5 Leute sind gestorben.“²

Bei solchen Mitteilungen ist nicht immer klar abgrenzbar, inwieweit es sich um Tatsachen handelt, und wo Angstprojektionen einsetzen, die in Anbetracht der fortwährenden schweren Traumatisierungen zwangsläufig sind. Andere Opfer kennen aber viele Sachverhalte aus eigener Er-

¹ Das klingt zunächst hochgradig paranoid, paßt aber recht gut zu Pressemitteilungen, wonach in den USA Dienstleister (Postboten u. ä.) in ein flächendeckendes und umfassendes Spitzelwesen staatlicher Überwachung eingebunden sind. Auch im Akwei-Dokument, das ich Ihnen geschickt habe, wird dieses System beschrieben.

² Ebenfalls aktuell habe ich vom Aufruf eines Arztes erfahren, in dem es heißt:

„In den letzten fünf Jahren haben sich etwa zwanzig Menschen in meine ärztliche Behandlung begeben, die sich über teils sehr schwerwiegende Beeinträchtigungen beklagten, die sie auf Fernwirkung zurückführten. Zusammen mit entsprechenden Berichten aus aller Welt bin ich überzeugt, daß dergleichen stattfindet. Diesen Opfern muß professionelle Hilfe zuteil werden.“

fahrung und können daher die Glaubwürdigkeit solcher Aussagen im Wesentlichen bestätigen. Die zitierte Mitteilung gibt beredtes Zeugnis von der realen Situation der Betroffenen. Was sich da in großstädtischen Ballungsräumen, mancherorts auch im ländlichen Raum breit macht, sind russische Verhältnisse! Diese werden im Moskauer Appell vom Dezember 2001 geschildert. Ich gebe ihn in nicht-autorisierte Übersetzung wieder. In englischer Sprache ist er unter <http://www.raven1.net/russtran.htm> zu finden:

“Das Moskauer Komitee für ökologisches Wohnen: gegen psytronische Gewaltanwendung (russische Föderation) appelliert an die Weltöffentlichkeit mit einem Ersuchen um die Durchführung einer internationalen Untersuchung des Genozids an der russischen Bevölkerung und des Breitereinsatzes psytronischer Waffen gegen Bürger der russischen Föderation. Unsere Organisation wurde im Jahr 1990 gegründet, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierung auf das Problem von psytronischem Terrorismus zu lenken und um Bürger darin zu unterstützen, ihre legitimen Rechte und Freiheiten zu schützen - im besonderen das Recht, in Sicherheit in der eigenen Wohnung zu leben. Das Komitee wurde von der Moskauer Rechtsbehörde am 15.08.1994 unter der Nr. 3383 registriert. Es ist von den Angaben in wissenschaftlichen Zeitschriften, von den Massenmedien und von vielen Bürgerbeschwerden in verschiedenen Ersuchen bekannt, dass psytronische Waffen für die Durchführung biomedizinischer, kybernetischer Experimente, für die Kontrolle und das Management, und dazu, Bürger des russischen Staates zu Zombies zu machen, sowohl für militärische, als auch zu Zwecken der Unterdrückung benutzt werden. Für die Weiterentwicklung dieser Waffenarten kann jede Bevölkerungsgruppe heimlich als Opfer ausgewählt werden, einschließlich jungen Menschen, Kindern und schwangeren Frauen, und es wurden durch diese Waffen auch beseitigt: Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Komponisten, Sozialreformer - die ganze Bandbreite der Nation. Die sozial aktiven Bürger, die den Gebrauch psytronischer Waffen als einem neuen Typ Waffen zur Massenerstörung aufdecken, werden besonders hart terrorisiert. Der komplette Mangel von jeder Kontrolle bzgl. der Entwicklung und illegalen Verteilung dieser Waffen erlauben es den Strukturen, die sie besitzen, das gesamte Arsenal von psychotechnischen Geräten, Methoden und Apparaten zur psychophysischen Manipulation von Menschen anzuwenden, ihr Verhalten, ihr Bewusstsein, ihre Gene - bei jeder Person vom Präsidenten bis zum einfachen Bürger. Psytronischer Terrorismus hat die Wohnungen von Russen in Folterkammern verwandelt. Zur Erweiterung (Verstärkung) der Wirkungen psytronischer Einflüsse mit der Anwendung von elektromagnetischen (in diesen Fällen Laser, CVCh., Mikrowellen, Röntgenstrahlung) drehenden [leptonic?], gravitativen genauso wie akustischen, Infra- und Ultraschall-Effekten werden auch psytronische und narkotische Zubereitungen, Gase und verschiedene chemische Substanzen benutzt. Zur selben Zeit werden Methoden von Repressionspsychiatrie eingesetzt gegen Personen, die die Gewalt zu beenden versuchen und die sich dafür an Bürgerrechtsvereinigungen wenden. In Verbindung mit dem Mangel von Schutz in Russland für Bürger als Aufgabe des Staates werden Opfer auf einen Befehl hin nicht nur psychischem Terror, sondern auch moralischem, ökonomischem und genetischem Terror ausgesetzt, da die Wirkungen psytronischer Methoden die Gene der Betroffenen zerstören und zu totaler Entartung führen. Zahlreiche Aufrufe des Moskauer Komitees für ökologisches Wohnen in den letzten 9 Jahren an alle Regierungshierarchien, an den Präsidenten, an die Verwaltung, an die Duma mit der Bitte um eine Untersuchung der zugänglichen Tatsachen bezgl. Massenexperimenten - einschließlich internationaler - an den Bürgern Rußlands, einem Völkermord, und auch um die Forderung, den psytronischen Terrorismus zu beenden und die weitere Entwicklung und Herstellung psytronischer Waffen zu verbieten durch die Einführung strenger Kontrollen über den Teil der Öffentlichkeit und der Regierung, die wissenschaftliche Aktivitäten in diesem Bereich betreffen, - erbrachte keine Ergebnisse. Deshalb sehen wir uns gezwungen, uns an die Weltöffentlichkeit zu wenden mit dem oben dargestellten Problem, so wie ähnliche Verbrechen (Massenterrorismus, Völkermord) Gegenstand für die Rechtssprechung an einem internationalen

Gerichtshof sind.”³

Wenn das hier nicht im gleichen Ausmaß um sich greifen soll, ist rasches, mutiges und durchgreifendes Handeln aller Verantwortlichen von Nöten. Hierzu bedarf es vermutlich einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und der PKG, so weit diese nicht bereits selbst in diese Verbrechen involviert (?) sind.⁴ Es ist nämlich davon auszugehen, daß es sich um die traditionell bewährte Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und organisierter Kriminalität handelt (vgl. Andreas von Bülow: Im Namen des Staates, München 1998). Wie wir aus einigen Äußerungen von Mitarbeitern des BKA und von LKAs erfahren haben, weiß man dort Bescheid. Trotzdem werden die Strafanzeigen Betroffener weiterhin ausnahmslos behandelt, als gäbe es diese Art von Verbrechen nicht.

Viele der Opfer sind ältere Menschen, deren gesundheitliche Gebrechen durch die Bestrahlung so verstärkt werden, daß nur von Mord auf Raten die Rede sein kann. Sich in Anbetracht solcher Schwerverbrechen mit Ausflüchten des „Nicht-Glauben-Könnens“ aufzuhalten, ist unterlassene Hilfeleistung, Strafvereitelung im Amt und Mittäterschaft. Noch haben Sie Glaubwürdigkeit und einen Ruf als aufrechte Demokraten zu verlieren!

Aus gegebenem Anlaß muß ich Sie bitten, mir den Eingang dieses Schreibens zu bestätigen. Ich bitte um qualifizierte Stellungnahme, was die Kommission zu tun gedenkt, um die vorliegenden Beschwerden aufzuklären und ihnen abzuhelpfen.

Mit freundlichen Grüßen

P. S.: Nachdem ich meine von einem Fachmann neu installierten Rechner zurück bekommen habe, geht der Sabotage-Spuk inkl. dem Airline-Löschen von Daten in vollem Umfang weiter, ohne daß ich mich damit bisher auch nur einmal ins Netz eingewählt hätte. Die Eingriffe richten sich gezielt darauf, mir die Rekonstruktion von Dokumenten aus Datensicherungen und den Netzzugang unmöglich zu machen.

⁴ Möglicherweise arbeitet das BKA bereits mit diesen Technologien oder soll demnächst damit ausgestattet werden, wie sich nach einer Meldung der Tagesschau annehmen läßt, in der es hieß, daß das BKA deshalb nach Berlin umziehen müsse, weil es künftig auch mit „geheimdienstlichen Mitteln“(!) arbeiten soll.